

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4999

"Schluss mit den zahllosen Asyl-Attentaten: Konsequente Remigration in Bayern - Planung und Umsetzung sicherstellen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4999 vom 18.02.2025
2. Beschluss des Plenums 19/5066 vom 19.02.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 42 vom 19.02.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Jörg Baumann, Florian Köhler** und **Fraktion (AfD)**

Schluss mit den zahllosen Asyl-Attentaten: Konsequente Remigration in Bayern – Planung und Umsetzung sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. konsequente Massenabschiebungen nach Afghanistan und Syrien mit durch den Freistaat gemieteten Flugzeugen durchzuführen,
2. eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Asylpraxis seit 2015 zu erheben,
3. den Aufbau eines großen Bayerischen Zentrums für Remigration mit ausreichend Abschiebehaftplätzen für alle Ausreisepflichtigen zu realisieren.

Begründung:

Erneut wurde Bayern von einem Angriff eines afghanischen Staatsbürgers getroffen, der nach Recht und Gesetz niemals in unser Land hätte kommen dürfen und längst hätte abgeschoben werden müssen. Der mutmaßliche Täter, ein abgelehnter Asylbewerber, war laut Staatsminister des Inneren, für Sport und Integration Joachim Herrmann seit Herbst 2020 ausreisepflichtig – besaß aber eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis der Stadt München. Er war 2016 als unbegleiteter Minderjähriger illegal nach Deutschland gekommen und befand sich zunächst in einer Jugendhilfeeinrichtung. Der Täter fuhr mit seinem Fahrzeug in eine Kundgebung der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi und tötete zwei Menschen, ein Kind und seine Mutter und verletzte mindestens 37 Demonstranten, viele davon schwer.

Auf den sozialen Medien folgte der Täter islamistischen Predigern und auch sein islamisches Glaubensbekenntnis während seiner Festnahme bestätigen den Verdacht, dass es sich um ein islamistisches Attentat handelt.

Der Freistaat muss endlich handeln. Die wiederkehrenden Angriffe erfordern konsequente Maßnahmen, um dem Terror ein Ende zu setzen. Bundes- und EU-Regelungen stehen einer konsequenten Durchsetzung bestehender Ausreisepflichten häufig im Weg, da langwierige Verfahren und bürokratische Hindernisse eine effektive Abschiebung verhindern. Dabei erwarten die Bürger zu Recht, dass jede illegale Einreise an der Grenze unterbunden und bereits illegal eingereiste Asylbewerber sofort abgeschoben werden.

Notwendig sind deshalb konsequente Massenabschiebungen in die Herkunftsänder, insbesondere nach Syrien und Afghanistan. Ein Großteil abgelehnter Asylbewerber erfüllt längst die rechtlichen Voraussetzungen hierfür, doch mangelnde Zuständigkeiten und komplizierte Strukturen verzögern die Umsetzung. Um endlich eine effektive Rück-

führungspraxis zu schaffen, soll ein Bayerisches Zentrum für Remigration (BZR) entstehen. Dieses Zentrum umfasst ein großes Abschiebegewahrsam, eine Koordinierungsstelle mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie eine Internationale Abteilung, die Rückführungsabkommen und Transportkapazitäten organisiert. Durch Forschungskollaborationen sollen zudem optimale Maßnahmen zur Sicherung der Grenzen und Umsetzung der Remigration identifiziert werden.

Darüber hinaus ist eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht unverzichtbar, um die momentane grundgesetzwidrige Asylpraxis zu beenden und rechtlich verbindliche Maßstäbe für Bund und Länder zu schaffen. So können klare Verantwortlichkeiten und ein wirksamer Schutz unserer Bürger durchgesetzt werden. Nur so lässt sich eine glaubwürdige Remigrationspolitik etablieren, die Ordnung und Verantwortung gewährleistet.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Jörg Baumann, Florian Köhler und Fraktion (AfD)**

Drs. 19/4999

**Schluss mit den zahllosen Asyl-Attentaten:
Konsequente Remigration in Bayern – Planung und Umsetzung sicherstellen**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Richard Graupner
Abg. Markus Rinderspacher
Abg. Julian Preidl
Abg. Karl Straub
Abg. Martin Böhm
Abg. Florian Siekmann
Abg. Rene Dierkes
Abg. Alexander Hold
Abg. Arif Taşdelen
Staatsminister Joachim Herrmann
Abg. Christoph Maier

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Schluss mit den zahllosen Asyl-Attentaten: Konsequente Remigration in Bayern - Planung und Umsetzung sicherstellen (Drs. 19/4999)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Richard Graupner das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Keinen Monat ist es her, da ereignete sich die Horrorattacke von Aschaffenburg. Vor sechs Tagen geschah dann der nächste Terroranschlag, nur ein paar Hundert Meter entfernt von hier. Es waren wieder ein Afghane, wieder zwei Tote und wieder ein kleines Kind. Auch in Österreich hat sich am Wochenende ein islamistischer Anschlag ereignet. Dort raubte ein syrischer Messerstecher einem 14-jährigen Buben sein junges Leben. Dort grinste der Täter während seiner Festnahme kaltblütig und hämisch in die Kamera. Welch widerwärtige Symbolik steckt doch in so einer abscheulichen Szene! Sie versinnbildlicht das systematische Versagen der europäischen Rechtsstaaten, die von migrationshungrigen Eliten gekapert worden sind

(Beifall bei der AfD)

und die sich mehr um die Befindlichkeiten der Täter als um die Sicherheit ihrer eigenen Bevölkerung kümmern. Dafür feixt man dann den Opfern, dafür feixt man dann uns allen auch noch dreist und verächtlich ins Gesicht. Aber ich sage Ihnen: Die AfD wird sich niemals damit abfinden, dass in unserem schönen Bayern, dass in unserer Heimat immer häufiger mordende Migranten Angst, Schrecken und Tod verbreiten.

Da wir gerade bei Widerwärtigkeiten sind: Der Attentäter von München fuhr in eine Kundgebung der Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di. Ver.di ist beim regierungstreuen Kampf gegen rechts immer ganz vorne dabei. Und richtig: Das Blut auf dem Asphalt der Seidlstraße war noch nicht getrocknet, da keifte die steuerfinanzierte Zivilgesellschaft zusammen mit ihren Antifa-Spießgesellen schon wieder bei einer Demo gegen rechts.

(Beifall bei der AfD)

Wie herz- und schamlos muss man sein, diese abscheuliche Tat noch am gleichen Abend für die eigene verbohrte, mörderische Ideologie zu instrumentalisieren?

(Beifall bei der AfD)

Ein Wort an die Adresse des Herrn Innenministers: Genauso unerhört und schädlich ist es, dass die Polizeieinsatzleitungen offenbar weder willens noch in der Lage sind, ein würdiges Gedenken der AfD zu ermöglichen. Das war so in Aschaffenburg, und das war auch letzten Samstag in München so. Für diese skandalöse Praxis tragen Sie als Innenminister die politische Verantwortung.

(Beifall bei der AfD)

Noch immer sind nicht alle Fragen des Anschlags geklärt. Da hätte man doch erwarten dürfen, dass der Innenminister zum Stand der Ermittlungen Bericht erstattet. Eine von der AfD beantragte Sondersitzung des Innenausschusses fand leider nicht statt. Auch heute im Plenum thematisieren Sie diesen grausamen Vorfall nicht.

(Zuruf von der SPD)

Das ist ein skandalöses Signal an die Opfer und deren Angehörige. Es ist aber auch entlarvend; denn es zeigt ganz eindeutig: Sie möchten das Thema am liebsten unter den Teppich kehren, um Ihr eigenes migrationspolitisches Versagen kurz vor den Wahlen so gut wie möglich zu vertuschen.

(Beifall bei der AfD)

Diesen Gefallen werden wir Ihnen aber nicht tun. Wenn Sie wirklich schon immer dem Merkel-Kurs kritisch gegenüberstanden, fragt man sich: Warum haben Sie dann nicht schon längst vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die seit 2015 anhaltende Asylpraxis geklagt?

Wir fordern Sie mit unserem Antrag auf, dies nun unverzüglich in die Wege zu leiten. Wie ernst es der CSU bei der Durchsetzung bisher geltenden Rechts war, zeigen auch die mageren Abschiebezahlen sowie die völlig unzureichende Zahl an Abschiebehaftplätzen. Kompetenzgerangel und unklare Zuständigkeiten wie im Falle Aschaffenburg sind an der Tagesordnung. Darum brauchen wir schnellstens eine effektive, zentrale Lösung, etwa ein multifunktionales bayerisches Zentrum für Remigration, das alle Kompetenzen und Ressourcen bündelt. Wir brauchen ein solches bayerisches Zentrum mit ausreichend Abschiebehaftplätzen und einer Koordinierungsstelle, von der aus alle Abschiebemaßnahmen effektiv gesteuert werden können, und zwar sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene, aber auch durch internationale Zusammenarbeit mit den Aufnahmeländern, um zum Beispiel Rückführungsabkommen und Transportkapazitäten zu organisieren. Durch begleitende Forschungsvorhaben sollen zudem optimale Maßnahmen zur Sicherung der Grenzen und Umsetzung der Remigration herausgearbeitet werden.

Der Fall "München" macht aber noch etwas anderes deutlich: Auch dieser Täter war ein abgelehnter und ausreisepflichtiger Asylbewerber. Aber ihm wurde inzwischen eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis der Stadt München nach dem sogenannten Chancenaufenthaltsrecht angedient. Das zeigt uns eines: Die Diskussion um eine lediglich bessere Verwaltung des Asylnotstandes ist verkürzt. Es geht eben nicht darum, nur hier und dort im Behördenapparat ein wenig zu korrigieren und zu optimieren und so das Problem schon irgendwie zu lösen.

Der entscheidende Punkt ist: Sowohl der Aschaffenburger als auch der Münchner Täter hätten erst gar nicht im Land sein dürfen

(Beifall bei der AfD)

bzw. hätten Deutschland schon lange wieder verlassen müssen. Darum muss die Devise neben einer lückenlosen Grenzsicherung sowie dem sofortigen Stopp der unsäglichen Turboeinbürgerungen vor allem lauten: Wir brauchen endlich Abschiebungen, Abschiebungen und nochmals Abschiebungen, besonders nach Afghanistan und Syrien.

(Beifall bei der AfD)

Die AfD-Fraktion will das mit eigens vom Freistaat gemieteten Abschiebefliegern umsetzen. Bezüglich dieser Abschiebeflieger habe ich vorhin beim Kollegen Straub – ich sehe ihn jetzt nicht; wo sitzt er denn? – eine erste Kritik gehört, die ihm offensichtlich überhaupt nicht ins Konzept passt. Ich darf hier kurz aus der "Deutschen Welle" aus dem Jahr 2018 zitieren. Danach will Bayern nach den Worten von Ministerpräsident Markus Söder

"künftig selbst Flugzeuge organisieren, um abgelehnte Asylbewerber abzuschieben.

(Lachen bei der AfD)

Bisher musste der Freistaat Bayern auf Flugzeuge warten, die der Bund organisierte. Stattdessen wolle Bayern nun selbst aktiv werden und auch kleinere Maschinen nutzen, sagte Söder dem ‚Münchner Merkur‘. ‚Damit kann man die Abschiebung deutlich effektiver und zielführender organisieren.‘ In der Folge dürfte es weniger attraktiv sein, in Bayern Asyl zu beantragen, so Söder.“

(Beifall bei der AfD)

Wenn der Kollege Straub unsere Forderung offensichtlich kritisiert, so zeigt das doch eines: Man redet erstens bei der CSU so, wie es einem gerade passt, wie es gerade offensichtlich draußen ankommt, und zweitens wird nichts von dem, was Sie versprechen, umgesetzt.

(Beifall bei der AfD)

Ihnen geht es doch gar nicht um einen tatsächlichen Politikwechsel, Ihnen geht es darum, selbst wieder mit am Regierungstisch in Berlin zu sitzen.

Aber mit den Unionsparteien wird es keine entscheidende Kursänderung in der Migrationspolitik geben. Friedrich Merz hat ja gerade erst wieder die Katze aus dem Sack gelassen: Im Zweifel wird er sich auch mit den GRÜNEN ins Koalitionsbett legen. Das ist die traurige, aber folgerichtige Konsequenz Ihrer Brandmauer-Politik.

Darum gilt für den nächsten Sonntag: Wer das Messern und Morden, das Rauben, Belästigen und Vergewaltigen auf unseren Straßen beenden will, wer endlich wieder Sicherheit und Ordnung, Recht und Gesetz für sich und seine Familie will, der muss AfD wählen;

(Beifall bei der AfD)

denn jedes Kreuz für die AfD erspart viele andere Kreuze bei uns hier im Land.

(Beifall bei der AfD – Sanne Kurz (GRÜNE): Das ist keine Wahlkampfveranstaltung!)

Präsidentin Ilse Aigner: Für eine Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Markus Rinderspacher das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Abgeordneter Graupner, am Tag des Anschlags in München haben sich auch mehrere Abgeordnete der AfD am Tatort versammelt. Manchmal ist es so, dass auch Menschen mit Kameras in der Nähe sind. Die Abgeordneten der AfD-Fraktion des Bayerischen Landtags sind gefilmt worden, und einer

Ihrer Kollegen hat sich dabei zitieren lassen, mit den Worten: "Was heute passiert ist, das können wir gut verwerten." – Ist es also tatsächlich so, dass die AfD Bayern damit demonstriert, dass es ihr nicht etwa um die Trauer um die Opfer des Anschlags von München geht, sondern ausschließlich darum, maximalen politischen Profit daraus zu ziehen? Das ist eine niederträchtige Verhöhnung der Opfer, Herr Abgeordneter. "Was heute passiert ist, das können wir gut verwerten." – Das ist ein Zitat Ihres Kollegen. "Was heute passiert ist, das können wir gut verwerten."

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Herr Kollege.

Richard Graupner (AfD): Kollege Rinderspacher, was Sie hier zitieren, kann ich überhaupt nicht bewerten. Das kenne ich nicht.

(Lachen und Widerspruch bei der SPD – Michael Hofmann (CSU): Ja genau, den Kopf in den Sand stecken, sich nicht umhören! Und dann noch den Mund zuhalten und die Augen!)

– Ich war nicht dort. Ich war nicht vor Ort. Aber eines kann ich Ihnen sagen: Uns eine Instrumentalisierung vorzuwerfen,

(Zuruf von der SPD: Das ist die Wahrheit!)

wenn der ganze Freistaat geschockt ist, wenn die Staatsregierung Halbmastbeflaggung in ganz Bayern anordnet,

(Michael Hofmann (CSU): Das ist wahre Anteilnahme, Herr Kollege!)

wenn wir als einzige Fraktion dieses Thema hier auf den Tisch bringen, weil das die Bürger in Bayern nämlich tatsächlich bewegt, das ist doch tatsächlich Ihre Ignoranz angesichts der Situation draußen im Land.

(Beifall bei der AfD – Michael Hofmann (CSU): Beflaggung ist Anteilnahme, nicht das, was Sie machen!)

Präsidentin Ilse Aigner: Es gibt noch eine zweite Zwischenbemerkung: vom Kollegen Preidl von den FREIEN WÄHLERN.

Julian Preidl (FREIE WÄHLER): Verehrter Kollege, Sie haben am Ende Ihrer Rede einen Wahlauftruf gemacht. Ich finde das sehr beschämend.

(Zurufe von der AfD: Oh! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist auch beschämend!)

Die Familie der Todesopfer hat sich gegen eine Instrumentalisierung der Tat ausgesprochen. Dass Sie das hier gemacht haben, finde ich äußerst beschämend. Sie könnten sich zumindest nach den Ausführungen von Herrn Rinderspacher deutlich distanzieren, dass Sie das nicht machen werden. Aber Sie gehen hier in die Offensive, und es ist beschämend für dieses Hohe Haus, was Sie hier machen. Sie widersetzen sich da auch den Wünschen der Angehörigen. Ich bin tiefst betroffen. Das ist des Hohen Hauses nicht würdig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN und der SPD)

Richard Graupner (AfD): Sehen Sie, ich wiederhole mich gerne, um es noch einmal zu verdeutlichen: Diese Tat ist keine Sache, die nur wenige Personen betrifft, sondern das betrifft die Sicherheit aller Bürger in Bayern und auch in ganz Deutschland. Dieses Thema dann auch in der Politik umzusetzen, in Anträge, in Anfragen, ist das Normalste der Welt. Das ist keine Instrumentalisierung, das ist unsere Pflicht als Politiker.

Eines sage ich Ihnen auch: Wenn solche Taten in Zukunft nicht mehr passieren sollen, dann müssen die Bürger draußen AfD wählen, und wir stehen auch dazu, dass wir zu dieser Wahl aufrufen.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Der nächste Redner ist der Kollege Karl Straub für die CSU-Fraktion.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich gestern mitbekommen habe, dass ich zu diesem Dringlichkeitsantrag reden muss, sind mir sehr viele Gedanken durch den Kopf gegangen, weil ich mich tatsächlich gefragt habe, ob es angemessen ist, überhaupt auf diesen Dringlichkeitsantrag zu antworten. Denn – das ist mehrfach erwähnt worden – der ausdrückliche, quasi letzte Wille der Familie war, dass man dieses Thema nicht instrumentalisiert. Deswegen möchte ich zuallererst noch einmal meine tiefe Betroffenheit gegenüber den Opfern ausdrücken. Ich wünsche allen eine gute Besserung und insbesondere der Familie, die diesen tragischen Verlust hat hinnehmen müssen, alles Gute.

Ich darf auch sagen: Es gibt Tage, die einem für immer im Gedächtnis bleiben, und dieser 13.02. wird mir für immer im Gedächtnis bleiben, weil das für mich sehr nah war. Ich habe mich zu dem Zeitpunkt in München aufgehalten und war in einer Besprechung mit der Evangelischen Kirche und mit Vertretern des islamischen Glaubens, als uns diese Nachricht erreicht hat. Ich möchte mich ganz herzlich bei Frau Elsel bedanken und bei meinen Freunden islamischen Glaubens. Wir haben zu dem Zeitpunkt die Besprechung unterbrochen und haben gemeinsam gebetet. Ich glaube, das ist ein wichtiges Zeichen, dass Menschen islamischen Glaubens und Menschen christlichen Glaubens in dem Moment gemeinsam gebetet haben.

Ich darf auch an den Gedenkgottesdienst erinnern, bei dem Vertreter aller Kirchen und auch Vertreter des islamischen Glaubens gesprochen haben. Ich darf mich da besonders bei Herrn Imam Idriz bedanken, und ich möchte mich ganz herzlich aus voller Überzeugung bei unserem Ministerpräsidenten bedanken, der genau die richtigen Worte gefunden hat. Er hat gesagt, dass wir in Bayern keinen Generalverdacht aussprechen, und hat vor allem zu diesem Zeitpunkt – denn diese Menschen sind tief betroffen – den Menschen eine Botschaft gesendet: Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die sich sehr gut in unsere Gesellschaft integriert haben, gehören zu Bayern

und zu Deutschland und sind fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Ich glaube, das sind die richtigen Worte.

Und dann die AfD: Ich habe es eigentlich für unglaublich und fast nicht möglich gehalten, dass heute ein Dringlichkeitsantrag der AfD kommt, wie gesagt nach der ausdrücklichen Bitte der Familie, diese Tat nicht zu instrumentalisieren.

Das war nicht nur mit diesem Dringlichkeitsantrag. Ich wurde von AfDlern angesprochen, dass ich mich schämen müsste. Nein, Sie müssen sich schämen für das, was in den letzten Tagen in den sozialen Medien abgelaufen ist, was Sie für Fake News geteilt haben, was Sie unserem Innenminister und dem Herrn Ministerpräsidenten unterstellt haben, dass Tote verschwiegen werden usw.; das wurde von Ihnen geteilt, Dinge, die nachweislich wieder nicht richtig sind. Sie gehen am Samstag hin, legen Blumen nieder und machen genau das. – Herr Rinderspacher, ich bin Ihnen sehr dankbar dafür, dass Sie das erwähnen.

Ich habe diese Aufnahmen auch gesehen: Sie stehen an der Gedenkstelle und sagen: Das können wir jetzt politisch verwerten. – Wenn das keine politische Instrumentalisierung der Tat ist, dann weiß ich nicht mehr! Ich wiederhole: Schämen Sie sich!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD)

Ich weiß nicht, wie es Ihnen gegangen ist, aber beim Lesen dieses Antrags erinnere ich mich – man muss immer sehr vorsichtig sein, was man sagt – an dunkle Zeiten in Deutschland, die ich Gott sei Dank nicht erleben musste. Angesichts dieser bewussten Wortwahl, die aber immer noch im Rahmen der Legalität ist, kommt in mir ein Gefühl hoch, das mich wirklich an längst vergangene Zeiten erinnert. Wir haben erst vor Kurzem an den 80. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz gedacht. Ich finde, wenn man dann so einen Antrag schreibt – – Ich möchte gar nicht sagen, was ich darüber denke; denn sonst müsste wahrscheinlich der Ältestenrat zusammentreten. Ich finde es einfach nur widerwärtig, was Sie in Ihrem Antrag niederschreiben.

Ich weiß nicht, ob Sie Dinge nicht mitbekommen: das Kind aus Afghanistan, das im Bayerischen Fernsehen war. Man kann darüber diskutieren, ob es nötig ist, dass ein Kind da ist. Sie machen diesen Menschen Angst. Ein Kind, ein zwölfjähriges Kind aus Afghanistan, fühlt sich genötigt, sich zu entschuldigen, weil Sie alle Afghanen in Sippenhaft nehmen. Ich finde das furchtbar. Ich finde das ganz, ganz furchtbar.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD)

Der Respekt gebietet oder verbietet einem, inwieweit man eigene Anträge einbringt oder über sie redet. Sie haben Flugzeuge für Abschiebeflüge angesprochen. Früher wollten Sie Flieger kaufen; heute wollen Sie mieten. Es gibt in Afghanistan momentan keine Landeerlaubnis für solche Flüge.

(Zuruf von der AfD)

Ich weiß nicht, wer das Bordpersonal stellt. Wollen Sie dann mitfliegen? Das wäre ganz interessant, wenn Sie das machen würden. Wenn man Rückführungen durchführen möchte, braucht es eine Einigung mit dem Zielland. Wir demokratischen Parteien diskutieren, wie man das am besten gestalten kann. Wir haben in den letzten Wochen hinreichend zu Protokoll gegeben, was wir vorhaben. Ich möchte betonen, dass wir vor zugewanderten Menschen und Menschen mit einer Migrationsgeschichte Respekt haben und dass wir niemanden in Sippenhaft nehmen. Die CSU hegt ihnen gegenüber keinen Generalverdacht. Mehr möchte ich heute zu dem Thema nicht sagen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Der Kollege Martin Böhm von der AfD-Fraktion hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Martin Böhm (AfD): Kollege Straub, der Anlass ist unbestritten schlimm; aber im Plenum geht es nicht um die individuelle Familie. Vielmehr geht es um das höchste Gut,

was wir in Bayern haben: die Sicherheit der Menschen, die Sicherheit der Familien und die Sicherheit der Bürger, die hier leben.

(Anna Rasehorn (SPD): Sie treten ihre Würde mit Füßen! – Zurufe von den GRÜ-NEN und der SPD)

Es gibt eine "Task Force Straftäter". Straftäter, die hier leben, werden in der Straftäterdatei des Bayerischen Landesamtes für Asyl und Rückführungen – so heißt diese Datei – erfasst. Ich wusste von ihr bisher nicht. Sie hatte Ende Januar 2025 genau 188 afghanische Straftäter gelistet. Sagen Sie dem Hohen Haus doch mal bitte: Was meinen Sie, wie viele der 188 Straftäter waren denn Ende Januar 2025 in Abschiebehaft? Wie viele waren es?

Dann noch ein Hinweis zur Trauerfeier: Unser Bundestagsabgeordneter Stephan Protschka wurde mit Polizeigewalt als Einzelner, als Abgeordneter – jemand, der mit allen Rechten ausgestattet ist –, daran gehindert, diesen Ort der Trauer aufzusuchen.

(Zurufe von der SPD und der CSU)

Dagegen wurden linke Demonstranten von der Polizei geschützt und konnten diesen Ort aufzusuchen.

Karl Straub (CSU): Ich halte mich in der Tat sehr stark an das Vereinbarte. Wir haben in den letzten Wochen Argumente ausgetauscht. Ich möchte eines skizzieren. Ich bin Ihnen dankbar, dass ich diese eine Minute extra habe.

Frau Weidel hat am Sonntag zum ersten Mal ziemlich genau gesagt, was Sie – bisher machten Sie keine Angaben – mit dem Wort "Remigration" meinen. Sie wurde konkret gefragt – ich werfe einen Seitenblick auf unseren Pflegebeauftragten –, was mit Menschen, die geduldet werden und in der Pflege arbeiten, geschehen wird. Das sind Tausende und Abertausende. Ohne diese Menschen müssten wir Pflegeeinrichtungen schließen. Ein Großteil der Pflegeeinrichtungen müsste schließen. Sie hat gesagt,

dass Sie diese Menschen abschieben würden. Das heißt, dass wir von einem auf den anderen Tag, wenn die AfD in die Regierungsverantwortung käme,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Böhm (AfD))

die Betreuung in den Pflegeheimen nicht mehr aufrechterhalten könnten. Das ist Ihr Bild von Deutschland. Deutschland würde unter der AfD zusammenbrechen. Deswegen ist die AfD keine Lösung für Deutschland.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe der Abgeordneten Martin Böhm (AfD) und Katrin Ebner-Steiner (AfD))

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster hat der Kollege Florian Siekmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Florian Siekmann (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verlese aus der Erklärung der Angehörigen:

"Wir möchten uns zunächst bei denen herzlich bedanken, die aufrichtige Anteilnahme und Solidarität gezeigt haben.

(Zuruf von der AfD)

Wir bedanken uns bei den Hilfskräften, bei den Pflegekräften, Ärzt*innen für die gute Unterstützung, Begleitung und für den emotionalen Beistand. [...] Amel war ein Mensch, der sich für Gerechtigkeit eingesetzt hat. War aktiv für Solidarität, Gleichheit und setzte sich für Arbeitnehmer*innenrechte ein und gegen Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung. Ihr war es sehr wichtig, ihrer Tochter diese Werte mitzugeben.

Wir möchten bekräftigen, dass der Tod und der Verlust nicht benutzt werden, um Hass zu schüren und ihn politisch zu instrumentalisieren."

Auch ich möchte aufrichtig Anteilnahme über diesen schrecklichen Verlust zum Ausdruck bringen. Als Abgeordneter für die Landeshauptstadt München geht mir das Geschehene persönlich sehr nahe.

Alle Fraktionen hier im Hohen Haus sind diesem deutlichen Wunsch der Angehörigen nachgekommen, alle außer einer, nämlich der AfD-Fraktion. Die AfD-Fraktion missbraucht diese schreckliche Tat und all ihre Opfer nicht nur heute im Plenum, nein, Sie haben die Dreistigkeit besessen, dies selbst am Tatort zu tun. Während Amel und Hafsa um ihr Leben kämpften, wollte die AfD nur Bilder für Social Media am Tatort produzieren. Der Landesvorsitzende der AfD Bayern Stephan Protschka sprach von einer – Zitat – "Show". Der Abgeordnete Rene Dierkes aus diesem Landtag sagt – Zitat –: "Das können wir verwerten." Diese widerliche Verwertungslogik der AfD in Bezug auf Opfer und Verstorbene hat in unserem Land keinen Platz!

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU, der FREIEN WÄHLER und der SPD – Martin Böhm (AfD): Unfassbar!)

Sie missbrauchen lebensbedrohlich Verletzte. Diese Menschen haben zu diesem Zeitpunkt um ihr Leben gekämpft. Heute sind sie tot. Wofür? – Erneut für eine menschenverachtende Agenda. Auch heute fordern Sie wieder massenhafte illegale Deportationen. Sie sprechen von "Massen" und auf Ihren Parteitagen immer von "Millionen". Diese "Massen" und "Millionen" gibt es aber nicht. In ganz Deutschland sind 42.300 Menschen vollziehbar ausreisepflichtig. "Massen" und "Millionen" – das heißt: Sie wollen auch Millionen Menschen mit einem Aufenthaltsrecht und Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft illegal außer Landes schaffen.

(Martin Böhm (AfD): Wir wollen das Recht ändern! Und das wird passieren! – Zuruf von der AfD: Lüge!)

Das werden wir nicht zulassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alle in Deutschland sollen wissen: Von der AfD ist bei schrecklichen Anschlägen nie aufrichtige Anteilnahme zu erwarten, sondern immer nur das eiskalte Ausnutzen von Opfern.

(Martin Huber (AfD): Das ist eine Frechheit, was Sie sagen!)

Solche Anstandslosigkeit hat in unserem Land und in unserer Landeshauptstadt nichts zu suchen. Respektieren Sie den Wunsch der Angehörigen! Ziehen Sie Ihren schändlichen Antrag zurück!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Rene Dierkes von der AfD-Fraktion das Wort.

Rene Dierkes (AfD): Herr Kollege Siekmann, erstens können die Angehörigen der Opfer nicht darüber disponieren, dass wir auch für den Schutz aller Menschen stehen,

(Zuruf von den GRÜNEN)

die durch die Lage, die Sie durch die Politik der Altparteien geschaffen haben, in Lebensgefahr sind.

(Zuruf von der SPD)

Zweitens war es Ihre linke Klientel, die am Ort des Anschlags getanzt und gebrüllt hat: "Refugees welcome!"

(Katrín Ebner-Steiner (AfD): Pfui Teufel!)

Sie haben den Anschlag politisiert und instrumentalisiert. Auch normale Bürger, die nichts mit uns zu tun hatten, wurden dann abgehalten, Blumen niederzulegen. Darauf bezog ich mich, als ich gesagt habe: "Das können wir verwerten."

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Es ist eine Unverschämtheit, dass Sie hier Ihren linken Kulturkampf auf Kosten der Opfer austragen.

(Beifall bei der AfD – Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Es ist alles auf Video!)

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Dierkes, ich helfe Ihnen mit weiteren Zitaten weiter, die am Tatort gefallen sind. Herr Protschka hat nämlich auch gesagt – daran sieht man noch einmal, dass es Ihnen nicht um ehrliche Anteilnahme ging –: "Ich will meine Blume da ablegen, wo der Ministerpräsident sie abgelegt hat." Ich will nicht in Ruhe Anteil nehmen – nein, ich will dieses Foto produzieren.

(Zuruf von der AfD)

Noch deutlicher wurde aus der Sympathisantenmenge hereingerufen: "Lass dich verhaften! Wir brauchen Märtyrer!" – Das ist keine Anteilnahme, sondern Anstandslosigkeit! Das hat wirklich keinen Platz.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU, der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Alexander Hold für die Fraktion der FREIEN WÄHLER

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Jedes einzelne Attentat ist schwer zu ertragen. Die Gleichung der AfD ist simpel: Asyl gleich Messerstecher. Ich sage Ihnen: Diese Gleichung geht nicht auf. Als die Familie der Opfer am Freitag und am Samstag darum gebeten hat, diese Tat bitte nicht zu instrumentalisieren, war mir leider schnell klar, dass das ein frommer Wunsch bleiben würde; denn es gibt hier eben eine Kraft, die solche Geschehnisse schlicht und einfach verwertet – verwertet! Bis heute letzten Endes kein Wort des Mitgefühls, kein Wort des Dankes. Ich finde, deswegen ist es auch wirklich an der Zeit, meine Damen und Herren, hier einmal unseren Polizeikräften und den Rettungskräften zu

danken. Es waren für all diese Menschen, die hier ihren Dienst taten, ganz schwierige Stunden. Dafür ganz herzlichen Dank!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Ja, einiges muss sich ändern. Aber ich glaube, wir sollten das nicht mit Schaum vor dem Mund nach einer Gedenkminute diskutieren. Wir sollten das ganz vernünftig diskutieren. Natürlich werden wir an den Asylverfahren etwas ändern müssen. Aus meiner Sicht und aus Sicht der FREIEN WÄHLER brauchen wir deutlich beschleunigte Asylverfahren. Ich rede nicht von ein, zwei Monaten weniger; sondern wir brauchen Grenzverfahren als Regelverfahren. Die Flüchtenden sollten innerhalb weniger Tage verlässlich Bescheid wissen, ob sie hier eine Bleibeperspektive haben oder nicht. Dann wird ein Großteil der Probleme, die wir jetzt haben, gar nicht erst entstehen, meine Damen und Herren.

Natürlich können wir nicht allen unterschiedslos subsidiären Schutz bieten. Auch das wird sich ändern müssen. Natürlich werden Straftäter und Gefährder konsequent abgeschoben werden müssen. Ich halte, ehrlich gesagt, jetzt eine Diskussion darüber, ob man überhaupt mit den Taliban sprechen darf, für reichlich abgehoben und weltfremd, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen auch wirkungsvolle Rückführungsabkommen. Da hat, ehrlich gesagt, die Ampel-Regierung nicht viel erreicht. Sie bzw. der Beauftragte, der extra eingesetzt wurde, hat ein paar Abkommen abgeschlossen, aber sämtlich mit Ländern, die letzten Endes so gut wie keine Relevanz für die Flüchtlingszahlen haben. Wir brauchen natürlich endlich eine klare Festlegung von zusätzlichen sicheren Herkunftsländern. Das sind alles Dinge, die wir tatsächlich brauchen. Da hat die Ampel nicht viel vorangebracht.

Aber schauen wir uns doch mal Bayern an. Sie reden ja von Bayern. In Bayern sind im Jahr 2024 die Abschiebungen um 27 % gesteigert worden. Die freiwilligen Ausreisen sind um 26 % nach oben gegangen.

(Zuruf von der AfD)

Bayern ist das Bundesland mit den meisten Abschiebehaftplätzen überhaupt in Deutschland. Bayern tut, was es tun kann. Im Übrigen muss der Bund endlich dafür sorgen, dass Gesetze tatsächlich konsequent ausgeführt werden, und er muss die richtigen Rahmenbedingungen schaffen.

Schauen wir den Antrag einmal genau an. Es ist eigentlich schon fast drollig; ich zitiere mal aus dem Antrag, da schreiben Sie:

"Bundes- und EU-Regelungen stehen einer konsequenten Durchsetzung bestehender Ausreisepflichten häufig im Weg, da langwierige Verfahren und bürokratische Hindernisse eine effektive Abschiebung verhindern. [...] Notwendig sind deshalb konsequente Massenabschiebungen in die Herkunftsländer, insbesondere nach Syrien und Afghanistan."

Das heißt, Sie sagen quasi: Uns ist schon klar, dass das rechtlich alles gar nicht geht; deswegen soll Bayern es halt einfach so machen, an den Gesetzen vorbei. – Herzlichen Dank für Ihr Rechtsverständnis. So wird es letzten Endes nicht funktionieren. Dieser Antrag lässt jegliche Sachkenntnisse vermissen. Er lässt Augenmaß vermissen. Er lässt auch Vernunft vermissen.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Dass er Anstand und Menschlichkeit vermissen lässt, muss ich, glaube ich, nicht extra erwähnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für eine Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Richard Graupner das Wort.

Richard Graupner (AfD): Herr Kollege Hold, Sie haben uns ebenso wie andere Redner eine Instrumentalisierung vorgeworfen.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Völlig zu Recht!)

Jetzt darf ich Ihnen mal kurz zitieren, was Ihr Parteichef, der stellvertretende Ministerpräsident Aiwanger, nach dem Anschlag gesagt hat. Er sagte:

"Der linke Mainstream verhindert trotz der vielen Anschläge wie in Magdeburg, Solingen und Aschaffenburg, die eindeutig einer verfehlten Zuwanderungs- und Sicherheitspolitik zuzuordnen sind, einen Kurswechsel. Auch nach München ist nichts anderes zu erwarten."

Wenn Sie mir jetzt mal erklären würden, woran Sie festmachen, dass wir instrumentalisieren, aber Herr Aiwanger nicht.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Hätten Sie gerade nicht mit Schaum vor dem Mund an Ihrem Antrag festgehalten,

(Lachen bei der AfD)

sondern mir zugehört, hätten Sie gehört, dass ich der Meinung bin, dass wir einiges zu ändern haben. Ich bin, ehrlich gesagt, guten Mutes, dass das nach der nächsten Bundestagswahl auch passieren wird. Ich bin auch guten Mutes, dass es ohne Ihre Beteiligung passiert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Sehr gut, Herr Kollege! – Zurufe von der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD spricht als Nächster der Kollege Arif Taşdelen.

Arif Taşdelen (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Seit gestern Abend mache ich mir Gedanken darüber, was ich heute zu dem Antrag der AfD-Fraktion sagen werde. Als ich heute Morgen meine Tochter umarmt und ihr zum Geburtstag gratuliert habe, habe ich nicht nur Freude verspürt, sondern auch tiefe Trauer über den unendlichen Schmerz, den die Familie erleiden musste, über den Vater, der seine Frau und seine Tochter nie mehr umarmen kann.

Ich möchte auch im Namen meiner Fraktion gegenüber der Familie, den Angehörigen, den Verletzten und den Angehörigen der Verletzten den Schmerz, den wir empfinden, von hier, dem Hohen Haus aus zum Ausdruck bringen. Wir werden den Schmerz niemals vergessen lassen können, aber vielleicht können wir hier im Hohen Haus dazu beitragen, dass dieser Schmerz insbesondere für die Familie erträglicher wird.

Ich danke den Einsatzkräften, den Ersthelferinnen und Ersthelfern, einer von ihnen ein Ver.di-Kollege, der sofort eingegriffen und Erste Hilfe geleistet hat. Danke an alle Einsatzkräfte, an die Ersthelferinnen und Ersthelfer. Danke an die Sanitäterinnen und Sanitäter. Herzlichen Dank der Polizei! Ich möchte aber ausdrücklich auch all denjenigen danken, die tagtäglich für die Rechte ihrer Kolleginnen und Kollegen und insbesondere gegen Rechtsextremismus und Faschismus auf die Straße gehen. Sie, die AfD, werden es nicht schaffen, die Gesellschaft zu spalten.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der AfD)

Kollege Siekmann hat die Erklärung der Familie verlesen. Ich wiederhole nur einen Satz: "Wir möchten bekräftigen, dass der Tod und der Verlust nicht benutzt werden, um Hass zu schüren und politisch zu instrumentalisieren." – Sie, die AfD, haben nicht einmal die Größe, der Familie die Ehre zu erweisen. Stattdessen gehen Kolleginnen und Kollegen von Ihnen am Samstag zum Tatort und werden dort so zitiert – Herr Vizepräsident Markus Rinderspacher hat es dankenswerterweise schon erwähnt –: "Lass dich abführen, wir brauchen die Bilder." – "Das, was heute passiert ist, das können wir gut verwerten."

Ich habe Sie die ganze Zeit, während der gesamten Debatte beobachtet. Wenn ich in Ihre Gesichter sehe, kann ich Ihnen nur sagen: Schämen Sie sich! Schämen Sie sich!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Was Sie, die AfD, Remigration nennen, ist nichts anderes als die Rückkehr in den Faschismus der Zwanziger-, Dreißiger- und Vierzigerjahre.

(Martin Böhm (AfD): Das gehört zur Rechtsstaatlichkeit!)

Nicht mit uns. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Nun erteile ich dem Staatsminister des Innern Joachim Herrmann das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Wir sind alle tief betroffen von diesem schrecklichen Tod der Mutter und ihrer Tochter. Die Mutter war eine engagierte Kollegin der Münchner Stadtverwaltung, die an diesem Tag ihre Solidarität mit den Demonstranten von Ver.di bekunden wollte und ihre Tochter dabei im Kinderwagen mitnahm. Sie wurden beide Opfer dieses schrecklichen Attentäters. Unsere Gedanken sind bei ihrer Familie, aber natürlich auch bei all den anderen immer noch schwer verletzt in den Krankenhäusern liegenden Teilnehmern dieser Demonstration. Unsere Gedanken sind auch bei denen, die leichter verletzt wurden und schon wieder zu Hause sind, aber trotzdem noch unter diesem schrecklichen Attentat zu leiden haben. Unsere Gedanken sind übrigens auch bei den vielen Einsatzkräften, den Sanitätern, die alle – oder jedenfalls viele von ihnen – von diesem schrecklichen Erlebnis auch seelisch betroffen sind. Unsere Gedanken sind bei all diesen Menschen. Das sollte man bei aller Legitimität, auch über politische Konsequenzen zu diskutieren, nicht aus dem Blick verlieren.

Ich bin dankbar, dass die Präsidentin an den Beginn der Sitzung eine Erinnerung gestellt hat. Es ist wichtig, dass wir gemeinsam religionsübergreifend Gelegenheit hatten, am Montagabend im Münchener Dom aller Opfer zu gedenken und letztendlich unserer persönlichen Trauer Raum zu geben.

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir uns dafür Zeit nehmen und dass das bei aller – ich sage es noch einmal – Legitimität politischer Debatten bitte nicht zu kurz komme; denn im Vordergrund müssen zunächst einmal die Opfer stehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es formuliert sich schön: Schluss mit den zahllosen Asylattentaten. – Das sehen sicherlich alle so. Jeder von uns wünscht, dass uns weitere Attentate möglichst erspart bleiben. Das ist in Deutschland so, das ist letztendlich auf der ganzen Welt so. Ich erlaube mir allerdings, auch darauf hinzuweisen: Heute vor genau fünf Jahren hat ein Rechtsextremist in Hanau neun Menschen getötet.

Wir sind uns, wie ich hoffe, auch einig: Bitte auch Schluss mit all den zahllosen rechts-extremistischen Attentaten, die es in unserem Land und in anderen Ländern gibt. Wir wollen alle, dass überhaupt keine Attentate mehr stattfinden. Dafür wollen wir politisch und sicherheitsmäßig arbeiten.

Wir wünschen uns das; manche beten dafür. Wir wissen aber gleichzeitig auch: Keiner kann eine Garantie dafür geben, dass nicht morgen wieder irgendeiner, der mitten unter uns lebt, ausrastet, austickt und dass dann aus einer, einer anderen, einer dritten oder vierten Richtung so ein schreckliches Attentat stattfindet. Wir wollen uns damit nicht abfinden.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, der Kollege Maier hat den Antrag auf eine Zwischenfrage gestellt, weil das Kontingent der Interventionen schon erschöpft ist. Lassen Sie die Zwischenfrage zu?

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Ja.

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Herr Maier.

Christoph Maier (AfD): Herr Minister, ich erinnere daran, dass wir hier in Bayern eigene Polizeikräfte haben.

(Michael Hofmann (CSU): Das ist keine Frage, Frau Präsidentin!)

Am Sonntag waren meine Kollegen der AfD zu einer Mahnwache angemeldet. Es waren preußische Polizeikräfte aus Berlin, die die bayerische Opposition daran gehindert haben,

(Unruhe bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

ihre demokratischen Rechte hier in München wahrzunehmen.

(Michael Hofmann (CSU): Das ist keine Frage! Eine Zwischenfrage ist ein Satz!)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege.

Christoph Maier (AfD): Gibt es einen Grund dafür, dass Sie preußische Polizeikräfte gegen die bayerische Opposition einsetzen?

Präsidentin Ilse Aigner: Der Herr Staatsminister des Innern hat das Wort zur Beantwortung.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Ich war zu dem Zeitpunkt nicht an dieser Stelle. Ich war bekanntermaßen mit dem Oberbürgermeister und dem Ministerpräsidenten schon zwei Stunden nach der Tat am Tatort. Ich habe dann am Samstagfrüh den Bundespräsidenten bei seinem Besuch des Tatorts begleitet. Im Weiteren war dann ja auch der Bundeskanzler am Tatort.

Ich will dazu nur sagen, weil Sie schon wieder damit anfangen, Dinge hineinzuinterpretieren, die einfach grober Unfug sind: Der Tatort war mitten auf der Fahrbahn. Schon bei dem Gedenken des Bundespräsidenten und dann auch des Bundeskanzlers war, nachdem zu dem Zeitpunkt die Ermittlungen am Tatort bereits abgeschlossen waren, die Fahrbahn – außer zu den jeweiligen Besuchen, wo noch einmal eine Sper-

rung stattfand – wieder freigegeben. Schon daraus ergab sich, dass es keinen Sinn mache – so hat es auch der Bundespräsident selber gesehen –, Blumen mitten auf der Fahrbahn abzulegen, wenn da eine Viertelstunde später wieder der Verkehr rollt. Der Bundespräsident hat sich also mit den Einsatzkräften darauf verständigt, dass die Blumen, später auch Kerzen und so weiter am Straßenrand abgelegt werden.

Ich will damit nur deutlich machen: Es gab nicht einen definierten Tatort, an dem etwas abgelegt wurde, sondern es gab die logische Folgerung, dass es keinen Sinn macht, etwas mitten auf der Fahrbahn abzulegen. Selbstverständlich hatten und haben beliebig andere Bürgerinnen und Bürger und selbstverständlich auch Abgeordnete des Bayerischen Landtags die Möglichkeit zu gedenken.

Nach meiner Kenntnis war – ich war zu dem Zeitpunkt nicht dort – die Situation dann so: Einerseits hatten Sie das angemeldet. Anderseits war da dann aber auch eine andere Demonstrationsgruppe, die zahlenmäßig einfach wesentlich größer war und eben an diesem Ort stand; das ist mir berichtet worden, ich kann das nicht im Einzelnen beurteilen, und ich war auch nicht Einsatzleiter. Ich will damit nur sagen: Es wäre von der ganzen Geschichte dieses Ortes her für alle Beteiligten völlig egal gewesen, ob sie Blumen oder Kerzen oder sonst etwas zehn Meter weiter rechts oder zehn Meter weiter links oder dahinter oder sonst wo abgelegt hätten, weil keiner dieser Orte – das war auch dem Bundespräsidenten bewusst – der eigentliche Tatort war.

Wie man sich dann derartig darauf versteifen und sich wie Sie in den Kopf setzen kann, an einer bestimmten Stelle, wo andere standen, unbedingt Ihre Blumen hinlegen zu wollen, obwohl Sie sie zehn Meter weiter genauso gut hätten hinlegen können, entzieht sich meiner Beurteilung. Ich will darüber auch nicht rechten.

Jetzt kommt auch noch ins Spiel, ob da Berliner Polizisten, die an diesem SiKo-Wochenende natürlich wie andere Polizeien auch die bayerische Polizei unterstützt haben, zufällig dort waren; ich weiß es nicht. Aber, Entschuldigung, ich kann überhaupt nicht nachvollziehen, dass daraus ein derartiges Theater gemacht wird.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Ich will deshalb an dieser Stelle, wenn wir schon bei diesem Thema sind, noch einmal sagen: Was Sie aus dieser ganzen Geschichte machen! Ich habe gleich mehrere Anfragen zum Plenum vorliegen, die natürlich wieder alle schriftlich beantwortet werden, zu dem vorhin schon am Rande angesprochenen Thema des Todeszeitpunkts dieser beiden Opfer, derer ich gerade zu gedenken versucht habe.

Es sind darüber in aus meiner Sicht unerträglicher Art und Weise bereits seit dem Wochenende Spekulationen in den Social Media verbreitet worden. Sie haben das hier mit der Frage, ob sozusagen irgendetwas unter den Teppich gekehrt werden sollte und dergleichen, auch in die Diskussion eingebracht. Als ob da irgendjemand versucht hätte, irgendetwas zu manipulieren oder geheim zu halten oder was auch immer!

(Michael Hofmann (CSU): Unglaublich! Skandal!)

Ich halte das wirklich für einen unglaublichen Tatbestand. Ich sage Ihnen: Sie hätten auch vorhin schon fragen können. Es wird in den Antworten auf die Schriftlichen Anfragen klar und präzise beantwortet. Es ist in unserem Rechtsstaat so – ich sage das nur abstrakt, ich will mich zu dem konkreten Fall nicht weiter verbreiten –, dass ein Arzt über die Frage entscheidet, wann, wenn Menschen schwerstverletzt in ein Krankenhaus eingeliefert werden, Maschinen, die zunächst noch laufen, abgestellt werden, weil es aussichtslos wird. Sie wissen ganz genau, dass das in unserem Land niemals ein Politiker entscheidet, sondern das entscheiden der Arzt und die Angehörigen – und nicht anders war es auch in diesem Fall.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Die mir vorliegende Information über die amtliche Todesfeststellung datiert für die Mutter auf Samstag, den 15. Februar um 12:26 Uhr, und für die zweijährige Tochter auf Samstag um 15:33 Uhr. Es ist schlimm genug, dass wir über so etwas überhaupt reden müssen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD –
Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Wirklich wahr!)

Ich bitte um Verständnis: Ich habe das deswegen jetzt hier angesprochen, weil allein diese Fragestellung und die damit verbundenen Spekulationen, ob die Staatsregierung sich in diesen Prozess sozusagen eingemischt hätte

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Völlig unglaublich!)

und auf eine Nichtbekanntgabe gedrängt hätte oder dergleichen mehr, völlig unerträglich und unverschämt sind.

(Zuruf von der AfD)

Ich frage mich, wie man überhaupt auf die Idee kommen kann, solche Anfragen zu stellen. Aber wenn man geistig so eng mit Herrn Putin und anderen befreundet ist, dann können einem solche Manipulationen vielleicht in den Sinn kommen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD –
Zuruf von der AfD)

In unserem Rechtsstaat Bayern ist das jedenfalls nicht üblich und wird auch weiterhin nicht der Fall sein.

Lassen Sie mich nur kurz feststellen, dass es natürlich legitim ist, darüber zu reden – das ist aber keine unmittelbare Schlussfolgerung aus diesem Geschehen, sondern unsere grundsätzliche Auffassung –, dass es in der Tat dringend notwendig ist, den Flüchtlingszugang in unser Land zu reduzieren, weil unser Land in seinen Integrationsmöglichkeiten immer mehr überfordert ist. Das ist und bleibt richtig.

Deswegen sollten Sie aber trotzdem keine falschen Behauptungen in den Raum stellen. Ja, es war bei dem ersten Termin um 12:30 Uhr aufgrund des damaligen Bestandes des Ausländerzentralregisters zunächst einmal so, dass hier jemand eigentlich ausreisepflichtig gewesen wäre, weil der Asylantrag endgültig abgelehnt wurde. Die

Landeshauptstadt München hat dann aber im Laufe des Nachmittags diese Einträge ergänzt und mitgeteilt, dass sie schon drei Jahre zuvor eine entsprechende Aufenthaltserlaubnis erteilt hat. Ich habe keinen Anlass, an der Rechtmäßigkeit dieser Entscheidungen der Landeshauptstadt München zu zweifeln.

Der Ursprung geht darauf zurück, dass noch während des laufenden Asylverfahrens eine Ausbildungsmöglichkeit geschaffen wurde und der Täter in der Tat eine Ausbildung begonnen hat. Damit greift die sogenannte 3-plus-2-Regelung. Man kann von all den Dingen halten, was man mag. Aber es ist jedenfalls einfach falsch zu behaupten, dass das alles rechtswidrig ist und dergleichen mehr. Deswegen kann man trotzdem über Abschiebungen nach Afghanistan reden. Das ist auch legitim. Aber es ist nicht legitim, den Leuten einzureden, dass das ein solcher Fall gewesen wäre. Deshalb erwarte ich schon, dass wir alle in diesem Hohen Haus in dieser Diskussion ein Mindestmaß an Seriosität wahren.

(Beifall bei der CSU)

Wir brauchen in der Tat eine bessere Regelung für Afghanistan. Hier würde ich nochmals sagen: Das ist der Unsinn an diesem Antrag. Das Problem bei Afghanistan ist doch nicht, Flugzeuge zu mieten, sondern das Problem ist, wie angesprochen worden ist, eine Genehmigung des Staates Afghanistan zu bekommen, dass ein Flugzeug dort landet mit Afghanen, vorrangig Straftätern. Das ist die Situation.

Da haben wir das Problem, dass der Herr Bundeskanzler im Sommer letzten Jahres angekündigt hat, es würden jetzt wieder Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien stattfinden. Es ist halt leider ein Problem der jetzt scheidenden Bundesregierung, dass der Bundeskanzler das ankündigt und gleichzeitig die Bundesaußenministerin erklärt, dass sie es aber strikt ablehnt, mit irgendjemandem von diesen Taliban in Afghanistan Verhandlungen aufzunehmen.

Wie soll man denn zu einer Genehmigung für Landungen in Afghanistan kommen, wenn man nicht bereit ist, mit denen zu reden? Ich nehme das durchaus ernst, was

der Bundeskanzler wollte, aber es ist leider offensichtlich so, dass, wenn der Bundeskanzler etwas sagt, das in dieser Regierung überhaupt nicht bedeutet, dass die Bundesaußenministerin das dann auch mitmacht. Das Ergebnis ist, dass seit dem Abschiebeflug Ende August bis heute kein weiterer Flug stattgefunden hat.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Es gibt Leute, die zurzeit Wetten darüber abschließen, ob in den verbleibenden drei Tagen noch ein Flug stattfindet. Ich beteilige mich an solchen Spekulationen nicht.

Ich kann nur sagen: Ja, es ist dringend notwendig. Wir brauchen Abschiebeflüge. Wir brauchen, wie es CDU und CSU und auch die Bayerische Staatsregierung schon seit Jahren vertreten, mindestens eine Abschiebemöglichkeit für Straftäter. Das ist den Menschen in unserem Land in der Tat nicht zuzumuten, dass Straftäter sich auf Dauer weiter in unserem Land aufhalten. Das gilt genauso für Syrien, wo übrigens die Frau Bundesaußenministerin schon vor Ort war. Auch da kann ich noch nicht feststellen, dass Abschiebeflüge von Straftätern nach Syrien schon in größerem Ausmaß vorangetrieben würden.

Das sind die Probleme, vor denen wir zweifellos stehen. Ich kann nur sagen: Nachdem wir es im vergangenen Jahr immerhin auf etwa 18.000 Personen gebracht haben, die Bayern wieder verlassen haben, ist unser Ziel, diese Zahlen in diesem Jahr möglichst weiter zu steigern, weil das wichtig ist. Das gehört auch zu unserem Rechtsstaat und zum Vertrauen der Menschen in diesen Rechtsstaat, dass wir diejenigen, denen Asyl gewährt wurde, hier gut aufnehmen und integrieren können, aber diejenigen, die rechtskräftig abgelehnt worden sind oder schwere Straftaten begehen, wieder außer Landes bringen. Das eine wie das andere ist wichtig für das Funktionieren dieses Rechtsstaates und auch für das Gebot von Humanität und Ordnung in unserem Land. Dafür stehen wir.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb, meine Damen und Herren, geht es jetzt in der weiteren Gestaltung der Bundesrepublik darum, dass wir eine Reform des Asylrechts durchsetzen, zum Beispiel mehr sichere Herkunftsstaaten haben, Asylverfahren in Drittstaaten ermöglichen, Migrationsabkommen mit wichtigen Herkunfts- und Transitländern erreichen. Seitdem die Europäische Kommission mit Tunesien ein Abkommen geschlossen hat, haben wir tatsächlich die Abschiebemöglichkeiten nach Tunesien deutlich verbessern können und auch deutlich mehr Personen zurückführen können.

Genau solche Abkommen brauchen wir mit noch wesentlich mehr Ländern. Das kann auch Deutschland machen. Wenn es gelingt, das gleich für die ganze EU zu machen, ist das aber auch gut. Wir werden versuchen, überall weiter voranzuschreiten.

Aber wichtig ist: Es muss vernünftig, machbar und möglichst schnell realisierbar sein. Was Sie in Ihrem Antrag fordern, ist dafür völlig untauglich. Deshalb bitte ich, den Antrag der AfD-Fraktion abzulehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Damit ist die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf der Drucksache 19/4999 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich gebe nun das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 5, bekannt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 164 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig war keine Stimme. Auf Herrn Abgeordneten Roland Ma-

gerl entfielen 26 Ja-Stimmen und 137 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten hat sich ein Abgeordneter bzw. eine Abgeordnete. Damit hat Herr Abgeordneter Roland Magerl nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Der Tagesordnungspunkt 5 ist damit erledigt.

Nun gebe ich auch noch das Ergebnis der vorher durchgeföhrten Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 6, bekannt. An der Wahl haben sich 165 Abgeordnete beteiligt. Ungültig war keine Stimme. Auf Herrn Abgeordneten Oskar Atzinger entfielen 23 Ja-Stimmen und 139 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten haben sich 3 Abgeordnete. Damit ist der Abgeordnete Atzinger nicht gewählt. Der Tagesordnungspunkt 6 ist damit auch erledigt.